

## Neunter Abschnitt.

**Pfandrecht an beweglichen Sachen und an Rechten.**

## Erster Titel.

**Pfandrecht an beweglichen Sachen.\***

\* A. \* vor § 1113. — Gewerbliche Pfandleihe und Rücklauf a. 94, Gew.O. §§ 34, 38. — Pfandrecht an unkörperlichen Gegenständen §§ 1273 ff., an Wertpapieren §§ 1292 ff. — Für das handelsrechtliche Pfandrecht HGB. §§ 366 bis 368. Übergang a. 184. — Zurückbehaltungsrecht der §§ 273, 274 kein Pfandrecht. Zurückbehaltungsrecht als Recht an der Sache kann auch durch Vertrag nicht begründet werden, E. R. 51<sup>80</sup>. Vgl. aber E. R. 66<sup>20</sup>, 68<sup>309</sup>, § 1274 A. 1, § 1160 A. 3. Zu unterscheiden vom Pfandrecht auch andere Vorzugsrechte in- und außerhalb des Konkurses aber zum Teil mit Vorrang vor den Pfandrechten §§ 1209 A. 1, 1257 A. 3, 879 A. 1. — Sicherung durch Übereignung § 1204 A. 4, § 1205 A. 8.

**I. Vertragsmäßiges<sup>1</sup> Pfandrecht an einer ganzen<sup>2</sup> Sache.<sup>3</sup>****1. Begriff §. 1204.**

Eine bewegliche Sache<sup>4</sup> kann zur Sicherung<sup>5</sup> einer<sup>6</sup> Forderung<sup>7</sup> in der Weise belastet werden<sup>8</sup>, daß der Gläubiger<sup>9</sup> berechtigt ist, Befriedigung aus der Sache zu suchen<sup>10</sup> (Pfandrecht).<sup>11</sup>

Das Pfandrecht kann auch für eine künftige oder eine bedingte Forderung bestellt werden.<sup>12</sup>

I 1145, IIa 1113, IIb 1189, III 1187. R. III, 797. Prot. III, 440. D. 157.

1. Gezeigliches Pfandrecht § 1257, Pfändungspfandrecht § 1257 A. 4, Beachtung des Pfandrechts im Konkurse § 1257 A. 4.

2. Anteile § 1258.

3. Besonderes für See- und Winenschiffe §§ 1259 ff.

4. § 90 A. 3. E. R. 68<sup>54</sup>. Dazu § 1212. Der Pfändung nicht unterworfenen Sachen (ZPO. § 811) nicht ausgenommen (§ 1253 A. 5). §§ 559 Satz 3, 704. Erforderlich aber selbständiger Geldwert. Unverpfändbar sind daher Papiere, welche nicht Wertpapiere (A. \* vor § 793) sind, sondern nur zum Beweise dienen, E. R. 51<sup>80</sup>. — Verpfändung künftiger Sachen mittels suspensiv bedingter Erklärungen (§ 854<sup>2</sup>) möglich. — Für Geld § 1228 A. 2. Wird Geld zur Sicherstellung übereignet, so handelt es sich um eine fiduziarische Eigentumsübertragung (§ 117 A. 3), bei der das innere Verhältnis nach den Grundätzen des Pfandrechts zu beurteilen ist. — Kein Pfandrecht an Sachinbegriffen (§ 90 A. 1) als solchen, wohl aber an den unter diesem Namen (§. B.

Warenlager) zusammengefaßten einzelnen Sachen mit der Bestimmung, daß veräußerte Sachen ausscheiden, neu angeschaffte eintreten. Es muß aber Übergabe der einzelnen Sachen bzw. deren Erlaß (§§ 1205, 1206) hinzukommen, *E. R.* 53<sup>219</sup>, *ZW.* 06<sup>224</sup>.

5. Fahrnispfand ist streng akzessorisch, §§ 1211, 1250, 1252. Über Einfluß der Verjährung § 223<sup>1</sup>, des Zwangsvergleichs *R.D.* § 193.

6. Es braucht anders wie nach § 1113 keine Geldforderung zu sein. Vgl. aber § 1228<sup>2</sup>. Wegen verjährter Forderungen § 222<sup>2</sup>.

7. Verpfänder und persönlicher Schuldner können verschiedene Personen sein oder werden (§ 1113 A. 7).

8. Es entsteht ein Recht an der Sache. §§ 1211, 1250, 1252. Gedacht ist hier zunächst an das durch Rechtsgeschäft bestellte Pfandrecht (§ 1205). Über das gesetzliche Pfandrecht § 1257. Erlösung im Gegensatz zu § 1033 ausgeschlossen. Belastung ist Verfügung (A. \* vor § 104), aber nicht Veräußerung (§ 1017 A. 1). Zulässig auch bedingte oder befristete Belastung. Befristung (vgl. auch § 777) im Zweifel dahin zu verstehen, daß in dem Zeit der vollständigen Entstehung des Pfandrechts laufenden Zeitraum das Pfandrecht geltend zu machen ist, *E. R.* 68<sup>145</sup>.

9. Es kann auch ein als Inhaber oder durch Indossament legitimierter Gläubiger sein, wie in § 1188.

10. gemäß §§ 1228 ff. Vgl. aber §§ 1213, 1214.

11. A. \* vor § 1113. 12. § 1113<sup>2</sup> u. A., *E. Gr.* 55<sup>1018</sup>.

## 2. Bestellung

### a) durch Besitzübertragung §. 1205.

Zur Bestellung des Pfandrechts ist erforderlich, daß der Eigentümer<sup>1</sup> die Sache dem Gläubiger übergibt<sup>2</sup> und beide darüber einig sind, daß dem Gläubiger das Pfandrecht zustehen soll.<sup>3</sup> Ist der Gläubiger im Besitze<sup>4</sup> der Sache, so genügt die Einigung über die Entstehung des Pfandrechts.<sup>5</sup>

Die Übergabe einer im mittelbaren Besitze<sup>6</sup> des Eigentümers befindlichen Sache kann dadurch ersetzt werden<sup>7</sup>, daß der Eigentümer den mittelbaren Besitz auf den Pfandgläubiger überträgt<sup>8</sup> und die Verpfändung dem Besizer<sup>9</sup> anzeigt.<sup>10</sup>

I 1147<sup>1-3</sup>, II a 1114, II b 1190, III 1188. *Pr.* III, 800. *Prot.* III, 441.  
— §§ 1266, 1292.

1. *E. R.* 52<sup>184</sup>, 60<sup>72</sup>. Ist ein anderer als der Eigentümer der Verpfänder, so kommt § 1207 zur Anwendung.

2. Bei diesem Faustpfand muß das Besitzverhältnis Dritten erkennbar werden, *E. R.* 66<sup>202</sup>. Übergabe an einen Besitzdiener (§ 855), Entstehung des Pfandrechts an Erlaßstücken *E. R.* 67<sup>422</sup>, dazu § 949 A. 1. Erlaß der Übergabe nach § 1206. Für Schiffe § 1260. — Der Gläubiger wird unmittelbarer Besizer. Wegnahme durch den Gerichtsvollzieher steht der Übergabe gleich, *ZPD.* §§ 897, 898. — Erlaß durch Übergabe des Lagercheins (*HGB.* § 424), Ladescheins (*HGB.* § 450), Konnossements (*HGB.* § 647), des vermeintlich einzigen Lagerchlüssels,

*E. Gr.* 48<sup>907</sup>. Auch hier genügt statt Übergabe Einigung und Möglichkeit gewaltfreien Eingangs nach § 854<sup>2</sup>, *E. R.* 74<sup>149</sup> gegen *E. ZW.* 08<sup>681</sup>. Fortdauer des Besizes ist für den Bestand des Pfandrechts nicht erforderlich. Vgl. aber § 1253.

3. § 929 Satz 1 nebst *U.*, *E. R.* 67<sup>421</sup>. Einigung kann der Übergabe vorangehen oder nachfolgen, *E. ZW.* 05<sup>200</sup>.

4. mittelbaren oder unmittelbaren, § 868 *U.* 6. *E. R.* 52<sup>288</sup>.

5. § 929 Satz 2 nebst *U.* § 868. 7. an Stelle des § 931.

8. Ausgeschlossen bei unmittelbarem Besitz des Eigentümers; dieser kann nicht Besitzmittler des Pfandgläubigers werden. (Anderes liegt *ZPD.* § 808<sup>2</sup>.) § 930 (constitutum possessorium) findet keine Anwendung. Möglich aber, daß der Eigentümer lediglich zur Sicherung einer Forderung (auch ohne Verkauf) fiduziarisches Eigentum auf den Gläubiger auf dem Wege des § 930 in der Weise überträgt, daß der bisherige Eigentümer als Verwahrer, Leihverleiher, Mieter usw. Besitzmittler bleibt und den unmittelbaren Besitz behält. *E. ZW.* 02<sup>B. 269</sup>, 05<sup>48</sup>, 06<sup>161</sup>, *Sachj.* 11<sup>488-489</sup>, 15<sup>68</sup>, *R.* 59<sup>145</sup>. §§ 117 *U.* 3, 854 *U.* 8.

9. d. h. dem unmittelbaren Besitzer, der dadurch Besitzmittler auch des Pfandgläubigers wird. 10. Formlos. — § 1231.

#### b) durch Einräumung des Mitbesizes §. 1206.

An Stelle der Uebergabe der Sache genügt die Einräumung des Mitbesizes<sup>1</sup>, wenn sich die Sache unter dem Mitverschlusse<sup>2</sup> des Gläubigers befindet oder, falls sie im Besitz eines Dritten ist<sup>3</sup>, die Herausgabe<sup>4</sup> nur an den Eigentümer und den Gläubiger gemeinschaftlich erfolgen kann.<sup>5</sup>

*I* 1147<sup>2</sup>, *II a* 1115, *II b* 1191, *III* 1189. *R.* III, 802. *Prot.* III, 448, VI, 280.

1. § 866. Mit dem Eigentümer oder mit einem Dritten. § 1213<sup>2</sup>.

2. mit verschiedenen Schlüsseln und nur, wenn dadurch eine wirkliche Mitherrschaft begründet wird, *E. R.* 53<sup>210</sup>, 66<sup>261</sup>, 77<sup>202</sup>.

3. Nur bei Vorhandensein eines solchen Pfandhalters oder Treuhänders genügt Einräumung mittelbaren Mitbesizes. — § 1205 *U.* 8.

4. kraft einer den Dritten zum Pfandhalter machenden und ihn bindenden Abrede. *E. R.* 53<sup>210</sup>. 5. § 1231.

#### c) Erwerb vom Scheinberechtigten §. 1207.

Gehört die Sache nicht dem Verpfänder<sup>1</sup>, so finden auf die Verpfändung die für den Erwerb des Eigentums geltenden Vorschriften der §§. 932, 934, 935 entsprechende Anwendung.<sup>2-8</sup>

*I* 1147<sup>2</sup>, *II a* 1116, *II b* 1192, *III* 1190. *R.* III, 802. *Prot.* III, 441. — a. 94<sup>2</sup>. — §§ 135<sup>2</sup>, 1032.

1. Nur scheinberechtigter (Einf. II<sup>9</sup>) Verpfänder von Eigentümer zu unterscheiden. Verpfändet z. B. der erste Pfandgläubiger, der nur

sein Pfandrecht verpfänden könnte, die Sache, so erwirbt der Gläubiger des Pfandgläubigers, sofern er nicht die Unrichtigkeit des Rechtscheins (Einf. II<sup>o</sup>) durchschaute oder in dieser Beziehung in grober Fahrlässigkeit war, Pfandrecht, neben dem das erste Pfandrecht bestehen bleibt. — §§ 185, 1233<sup>a</sup>, 1234, 1237, 1239, 1241, 1242, 1245, 1247, 1253, 1254, 1255, 1256. Doch ist § 1248 zu beachten. — Rechtschein bei Pfandrecht der Reichsbank an Schuldbuchforderungen BankG. § 20 b<sup>1</sup>.

2. § 933 bleibt mit § 930 außer Anwendung. § 1205 A. 8, a. 94<sup>a</sup>. E. ZB. 01<sup>88a</sup>, R. 54<sup>79</sup>, 67<sup>98</sup>.

3. Abweichungen HGB. §§ 366, 367. Über die Bedeutung von Pfandpotgef. v. 5. 7. 96 § 8 E. R. 68<sup>185</sup>.

### 3. Rang §. 1208.

Ist die Sache mit dem Rechte eines Dritten<sup>1</sup> belastet, so geht das Pfandrecht<sup>2</sup> dem Rechte vor, es sei denn, daß der Pfandgläubiger zur Zeit des Erwerbes des Pfandrechts in Ansehung des Rechtes nicht in gutem Glauben ist.<sup>3</sup> Die Vorschriften des §. 932 Abs. 1 Satz 2, des §. 935 und des §. 936 Abs. 3 finden entsprechende Anwendung.<sup>4.5.6</sup>

1 1152, II a 1117, II b 1198, III 1191. R. III, 805. Prot. III, 452. — § 185<sup>4</sup>.

1. einem Pfandrecht oder einem Nießbrauch. — § 1060 A. 1.

2. auch für eine künftige oder bedingte Forderung (§ 1209).

3. entsprechend den §§ 936<sup>1.2</sup>, 1032 Schlußsatz. Im übrigen entscheidet für den Rang § 1209. — § 1262<sup>3</sup> HGB. § 366.

4. § 1032 A. 3. 5. § 1257 A. 3.

6. Nichtanwendung bei gesetzlichen Pfandrechten, § 1257 A. 1, bei Pfandrechten an „Rechten“ § 1273<sup>2</sup>.

### §. 1209.

Für den Rang des Pfandrechts ist die Zeit der Bestellung<sup>1</sup> auch dann maßgebend, wenn es für eine künftige oder eine bedingte Forderung bestellt ist.<sup>2.3</sup>

I 1151, II a 1118, II b 1194, III 1192. R. III, 805. Prot. III, 451. — §§ 1292, 1290. HGB. § 804, HGB. § 11.

1. §§ 1205, 1206. Alter aber entscheidet nur, soweit nicht § 1208 zur Anwendung gelangt. — Bei gleichem Alter gleicher Rang und verhältnismäßige Befriedigung. 2. §§ 1204<sup>2</sup>, 1208 A. 1.

3. Von Vorzugsrechten (A. \* vor § 1204) geht nur das aus R.D. § 49 Nr. 1 (öffentliche Abgaben in Ansehung der zurückgehaltenen oder in Beschlag genommenen zoll- und steuerpflichtigen Sachen), welches auch außerhalb des Konkurses gilt (E.G. zu dem R.G. betr. Änderungen der R.D. a. III), und zwar ohne Rücksicht auf das Alter allen Pfandrechten vor. — Wegen des Verhältnisses zu den gesetzlichen Pfandrechten § 1257 A. 3, zu den Pfändungspfandrechten § 1257 A. 4, im Konkurse § 1257 A. 5.



**4. Forderung §. 1210.**

Das Pfand haftet für die Forderung in deren jeweiligem Bestand<sup>1</sup>, insbesondere auch für Zinsen<sup>2</sup> und Vertragsstrafen.<sup>3</sup> Ist der persönliche Schuldner nicht der Eigenthümer des Pfandes, so wird durch ein Rechtsgeschäft, das der Schuldner nach der Verpfändung vornimmt, die Haftung nicht erweitert.<sup>4</sup>

Das Pfand haftet für die Ansprüche des Pfandgläubigers auf Ersatz von Verwendungen<sup>5</sup>, für die dem Pfandgläubiger zu ersetzenden Kosten der Kündigung und der Rechtsverfolgung sowie für die Kosten des Pfandverkaufs.<sup>6-7-8</sup>

I 1148, 1149, II a 1120, II b 1195, III 1193. W. III, 803, 804. Prot. III, 445, VI, 846. — § 1118.

1. § 767. Vgl. aber § 559 Satz 2. R.D. § 193.

2. bedungene und gesetzliche. — §§ 288, 452, 608, 849.

3. §§ 310 ff. Anders § 1118. 4. Vgl. aber § 1211.

5. § 1216. 6. § 1118, E. Bay. 9<sup>400</sup>.

7. Pfandhaftung schränkt aber die Zwangsvollstreckung in das übrige Vermögen des Schuldners ein nach ZPD. § 777.

8. Für Schiffe § 1264, für Pfandrechte an „Rechten“ § 1273 N. 4.

**§. 1211.**

Der Verpfänder<sup>1</sup> kann<sup>2</sup> dem Pfandgläubiger gegenüber die dem persönlichen Schuldner gegen die Forderung sowie die nach §. 770 einem Bürgen zustehenden Einreden<sup>3</sup> geltend machen. Stirbt der persönliche Schuldner, so kann sich der Verpfänder nicht darauf berufen, daß der Erbe für die Schuld nur beschränkt haftet.<sup>4</sup>

Ist der Verpfänder nicht der persönliche Schuldner, so verliert er eine Einrede<sup>5</sup> nicht dadurch, daß dieser auf sie verzichtet.<sup>6</sup>

I 1149, 1160, II a 1119, II b 1196, III 1194. W. III, 804, 814. Prot. III, 448, 460. — § 1137.

1. § 1205 N. 1. 2. im Falle des § 1204 N. 7.

3. § 1137 N. 3, E. ZW. 11<sup>600</sup>. — §§ 768, 1252, 1971, R.D. § 193.

4. § 1137 N. 4. 5. § 1137 N. 5.

6. Für Schiffe § 1266 N. 1, für Pfandrechte an Rechten § 1273 N. 4.

**5. Gegenstand §. 1212.**

Das Pfandrecht erstreckt sich auf die Erzeugnisse, die von dem Pfande getrennt werden.<sup>1</sup>

I 1150<sup>2</sup>, II a 1121, II b 1197, III 1195. W. III, 805. Prot. III, 449.

1. entsprechend dem Grundsatz des § 954; nicht aber ohne weiteres auf Zubehör. Vgl. aber § 314.

**Nutzpfand §. 1213.**

Das Pfandrecht kann in der Weise bestellt werden, daß der Pfandgläubiger berechtigt ist, die Nutzungen des Pfandes zu ziehen.<sup>1</sup>

Ist eine von Natur fruchttragende Sache dem Pfandgläubiger zum Alleinbesitz<sup>2</sup> übergeben, so ist im Zweifel<sup>3</sup> anzunehmen, daß der Pfandgläubiger zum Fruchtbezuge<sup>4</sup> berechtigt sein soll.<sup>5</sup>

I 1154<sup>1-4</sup>, IIa 1123, IIb 1198, III 1198. R. III, 807. Prot. III, 452.

1. §§ 100, 954, A. \* vor § 1112, § 1030 A. 5, §§ 1214, 1283. Dagegen kann das Recht auf Verbrauch verbrauchbarer Pfandstücke nicht zum Bestandteil des Pfandrechts gemacht werden.

2. §§ 1205, 1206. B. B. Vieh. B. § 133 A. 1.

4. § 99, nicht aber zum Bezuge sonstiger Nutzungen.

5. Bei unkörperlichen Gegenständen und Wertpapieren gilt nur Absf. 1. — § 1273<sup>2</sup>.

**§. 1214.**

Steht dem Pfandgläubiger das Recht zu, die Nutzungen zu ziehen<sup>1</sup>, so ist er verpflichtet<sup>2</sup>, für die Gewinnung der Nutzungen zu sorgen und Rechenschaft abzulegen.<sup>3</sup>

Der Reinertrag der Nutzungen wird auf die geschuldete Leistung und, wenn Kosten und Zinsen zu entrichten sind, zunächst auf diese angerechnet.<sup>4</sup>

Abweichende Bestimmungen sind zulässig.<sup>5</sup>

I 1154<sup>2-3</sup>, IIa 1123, IIb 1198, III 1197. R. III, 808. Prot. III, 452.

1. § 1213. 2. § 1030 A. 4.

3. §§ 259, 276, auch 249 ff. 4. § 367.

5. insbesondere, daß keine Verrechnung stattfinden soll.

**6. Verhältnis zwischen Verpfänder und Pfandgläubiger.****a) Verwahrung §. 1215.**

Der Pfandgläubiger ist zur Verwahrung<sup>1</sup> des Pfandes verpflichtet.<sup>2</sup>

I 1156<sup>1</sup>, IIa 1124, IIb 1200, III 1198. R. III, 810. Prot. III, 454, 464.

1. §§ 688 ff. Keine Pflicht zur Erhaltung im wirtschaftlichen Besitze wie nach § 1041. Kein Recht zur Benutzung, wenn nicht besonders vereinbart (§ 1213). — StGB. § 290.

2. § 1226. E. R. 63<sup>17</sup>. § 690 ist nicht anzuwenden. — Ausnahme § 1206.

**b) Verwendungen §. 1216.**

Macht der Pfandgläubiger Verwendungen auf das Pfand, so bestimmt sich die Ersatzpflicht des Verpfänders nach den Vor-

schriften über die Geschäftsführung ohne Auftrag. Der Pfandgläubiger ist berechtigt, eine Einrichtung, mit der er das Pfand versehen hat, wegzunehmen.<sup>1</sup>

I 1159, II a 1125, II b 1201, III 1199. *BR.* III, 818. *Prot.* III, 459.

1. § 1049 u. *U.*, §§ 1210<sup>2</sup>, 1226.

### c) Schutz des Verpfänders

#### aa) gegen Rechtsverletzungen §. 1217.

Verlezt der Pfandgläubiger die Rechte des Verpfänders<sup>1</sup> in erheblichem Maße und setzt er das verletzende Verhalten ungeachtet einer Abmahnung des Verpfänders fort<sup>2</sup>, so kann der Verpfänder verlangen, daß das Pfand auf Kosten des Pfandgläubigers hinterlegt<sup>3</sup> oder, wenn es sich nicht zur Hinterlegung eignet, an einem gerichtlich zu bestellenden Verwahrer<sup>4</sup> abgeliefert wird.<sup>5</sup>

Statt der Hinterlegung oder der Ablieferung der Sache an einen Verwahrer kann der Verpfänder die Rückgabe des Pfandes gegen Befriedigung<sup>6</sup> des Gläubigers verlangen.<sup>7</sup> Ist die Forderung unverzinslich und noch nicht fällig, so gebührt dem Pfandgläubiger nur die Summe, welche mit Hinzurechnung der gesetzlichen Zinsen für die Zeit von der Zahlung bis zur Fälligkeit dem Betrage der Forderung gleichkommt.<sup>8</sup>

I 1158<sup>2</sup>, II a 1126, II b 1203, III 1200. *BR.* III, 811. *Prot.* III, 454, IV, 599.

1. so entstehen zunächst Erfaßansprüche nach allgemeinen Grundsätzen. Dazu treten die Folgen dieses Paragraphen. — § 1226.

2. § 1054 *U.* 1. 3. a. 144 bis 146. — § 1219<sup>2</sup>.

4. § 1052 Satz 1. Zuständiges Gericht, Verfahren, Vergütung *FGG.* § 165. 5. Für Pfandrechte an „Rechten“ § 1275.

6. § 1224. 7. Ausnahme von § 1223<sup>2</sup>.

8. Ausnahme von § 272. — § 1133 a. *E.*

#### bb) gegen Verderb u. Wert-

#### minderung §. 1218.

Ist der Verderb des Pfandes oder eine wesentliche Minderung des Wertes zu besorgen, so kann der Verpfänder<sup>1</sup> die Rückgabe des Pfandes gegen anderweitige Sicherheitsleistung<sup>2</sup> verlangen<sup>3</sup>; die Sicherheitsleistung durch Bürgen ist ausgeschlossen.<sup>4</sup>

Der Pfandgläubiger hat dem Verpfänder von dem drohenden Verderb<sup>5</sup> unverzüglich<sup>6</sup> Anzeige zu machen, sofern nicht die Anzeige unthunlich ist.<sup>7</sup>

I 1157<sup>1</sup> Satz 1, 3, <sup>2</sup> Satz 1, II a 1127, II b 1208, III 1201. *BR.* III, 812. *Prot.* III, 457. — § 1133.

1. Über die Rechte des Pfandgläubigers §§ 1219 bis 1221.
2. § 232<sup>1</sup>.
3. also nicht allgemein. Vgl. aber § 1224 A. 1.
4. Ausnahme von § 232<sup>2</sup>. — § 1220 A. 2.
5. nicht aber von dem sonstigen Sinken des Wertes.
6. § 121 A. 1.
7. §§ 1219 A. 4 u. 5, 1220<sup>2</sup> a. E.

**d) Sicherungsverkauf****aa) im allgemeinen §. 1219.**

Wird durch den drohenden Verderb des Pfandes oder durch eine zu besorgende wesentliche Minderung des Wertes<sup>1</sup> die Sicherheit des Pfandgläubigers gefährdet<sup>2</sup>, so kann dieser das Pfand öffentlich versteigern lassen.<sup>3</sup>

Der Erlös tritt an die Stelle des Pfandes.<sup>4</sup> Auf Verlangen des Verpfänders ist der Erlös zu hinterlegen.<sup>5</sup>

I 1157<sup>1</sup> Cap 1, 2, 3, IIa 1128<sup>1,2</sup>, IIb 1204, III 1202. R. III, 812. Prot. III, 457. — § 1183.

1. aus einem anderen Grunde, z. B. wegen Sinken des Preises.
2. Einen Anhalt gibt § 237.
3. §§ 156, 383. Pfandgläubiger und Eigentümer können, wiewohl § 1234 nicht für anwendbar erklärt ist, mitbieten, E. Bay. 4<sup>633</sup>. Freihändiger Verkauf im Falle des § 1221. Der Verpfänder kann den Verkauf durch Sicherheitsleistung abwenden (§ 1220).
4. §§ 966 a. E., 979<sup>2</sup>, 1247 a. E.
5. § 233 mit A. 1.

**bb) Androhung, Benachrichtigung §. 1220.**

Die Versteigerung des Pfandes ist erst zulässig, nachdem sie dem Verpfänder angedroht worden ist; die Androhung darf unterbleiben, wenn das Pfand dem Verderb ausgesetzt und mit dem Aufschube der Versteigerung Gefahr verbunden ist. Im Falle der Werthminderung ist außer der Androhung erforderlich, daß der Pfandgläubiger<sup>1</sup> dem Verpfänder zur Leistung anderweitiger Sicherheit<sup>2</sup> eine angemessene Frist bestimmt hat und diese verstrichen ist.<sup>3</sup>

Der Pfandgläubiger hat den Verpfänder von der Versteigerung unverzüglich<sup>4</sup> zu benachrichtigen; im Falle der Unterlassung ist er zum Schadensersatz<sup>5</sup> verpflichtet.

Die Androhung, die Fristbestimmung und die Benachrichtigung dürfen unterbleiben, wenn sie unthunlich sind.<sup>6</sup>

I 1157<sup>1</sup> Cap 1, 3, 4, 5, IIa 1128<sup>2</sup>, IIb 1205, III 1203. R. III, 812. Prot. III, 457. — § 884.

1. nicht das Gericht. — § 1052<sup>1</sup>.
2. im Sinn des § 1218<sup>1</sup>.
3. ohne daß die Sicherheit geleistet ist. Ein Recht auf Leistung anderweiter Sicherheit hat der Pfandgläubiger aber nicht. Insoweit, aber auch nur insoweit steht das Pfand auf Gefahr des Gläubigers. — § 1133.
4. § 121 A. 1.
5. §§ 249 ff.
6. § 1218<sup>2</sup>.

**cc) bei Börsen- u. Marktwaren §. 1221.**

Hat das Pfand einen Börsen- oder Marktpreis, so kann der Pfandgläubiger den Verkauf aus freier Hand durch einen zu solchen Verkäufen öffentlich ermächtigten<sup>1</sup> Handelsmäkler oder durch eine zur öffentlichen Versteigerung befugte Person<sup>2</sup> zum laufenden Preise bewirken.<sup>3</sup>

IIb 1206, III 1204. — §§ 985, 1235<sup>2</sup>, 1205. — 3PD. § 821.

1. § 385. 2. §§ 383<sup>3</sup>, 935. 3. E. R. 66<sup>114</sup>.

**7. Pfand an mehreren Sachen §. 1222.**

Besteht das Pfandrecht an mehreren Sachen, so haftet jede für die ganze Forderung.<sup>1</sup>

I 1150<sup>1</sup>, IIa 1129, IIb 1207, III 1205. R. III, 805. Prot. III, 449.

1. §§ 1132<sup>1</sup>, 1230. § 1132<sup>2</sup> greift hier nicht Platz. Für Schiffe § 1266 A. 1, für Pfandrechte an „Rechten“ § 1273 A. 4.

**8. Rückgabe §. 1223.**

Der Pfandgläubiger ist verpflichtet, das Pfand nach dem Erlöschen des Pfandrechts<sup>1</sup> dem Verpfänder<sup>2</sup> zurückzugeben.<sup>3</sup>

Der Verpfänder<sup>4</sup> kann die Rückgabe des Pfandes gegen Befriedigung<sup>5</sup> des Pfandgläubigers verlangen<sup>6</sup>, sobald der Schuldner zur Leistung berechtigt ist.<sup>7</sup>

I 1156<sup>1</sup>, 1158<sup>1</sup>, 1161, IIa 1130, IIb 1208, III 1206. R. III, 811, 815. Prot. III, 454, 459, 461. — § 1142<sup>1</sup>.

1. Neben den allgemeinen Erlösungsgründen des Unterganges der Pfandsache (§ 1220 A. 3) und §§ 158<sup>2</sup>, 163, 936, 945, 949, 964, 974, auch §§ 418, 1218<sup>1</sup>, 1220<sup>1</sup>, 1250<sup>2</sup>, 1252, 1253. Vgl. §§ 1255, 560, 562<sup>2</sup> Satz 2, 704. — Wegen der Verjährung des Pfandanspruchs § 1227 A. 1, § 222 A. 2. Ausgenommen selbstverständlich der Fall des § 1242<sup>2</sup>. 2. § 1207 A. 1.

3. Zurückbehaltung wegen anderer Forderungen nur auf Grund besonderen Zurückbehaltungsrechts (§ 273).

4. § 1204 A. 4. Auch wenn er der Schuldner selbst ist, E. 3R. 10<sup>391</sup>.

5. § 1224. Wirkung § 1225. E. R. 68<sup>146</sup>.

6. Er kann auf Rückgabe Zug um Zug (§§ 274, 322 ff.) gegen Befriedigung klagen, E. 3R. 10<sup>391</sup>.

7. § 271. Früher gemäß § 1217<sup>2</sup>. — §§ 1217<sup>2</sup>, 1254.

**9. Befriedigung. a) Art §. 1224.**

Die Befriedigung des Pfandgläubigers durch den Verpfänder kann auch durch Hinterlegung<sup>1</sup> oder durch Aufrechnung<sup>2</sup> erfolgen.<sup>3</sup>

I 1163, IIa 1131, IIb 1209, III 1207. R. III, 816. Prot. III, 462. — § 1142<sup>2</sup>.

1. § 1142 A. 6. Umtausch gegen Sicherheitsleistung anderer Art ist im allgemeinen, abgesehen von § 1218, nicht zulässig. Vgl. aber §§ 233, 562, 590, 704.

2. § 1142 A. 7 mit § 1211.

3. Für Schiffe § 1266 A. 1, für Pfandrechte an „Rechten“ § 1273 A. 4.

#### b) Übergang der Forderung §. 1225.

Ist der Verpfänder nicht der persönliche Schuldner<sup>1</sup>, so geht, soweit er den Pfandgläubiger befriedigt, die Forderung<sup>2</sup> auf ihn über. Die für einen Bürgen geltenden Vorschriften des §. 774 finden entsprechende Anwendung.<sup>3</sup>

I 1164, IIa 1192, IIb 1210, III 1208. W. III, 816. Prot. III, 462, 465. — § 1143<sup>1</sup>.

1. § 1204 A. 4. E. ZW. 03 B.<sup>56</sup>.

2. und damit auch das Pfandrecht (§ 1250 A. 1). — Vertrag kann das ausschließen, E. R. 71<sup>829</sup>.

3. E. R. 53<sup>404</sup>. Es handelt sich nur um § 774<sup>1</sup>. Für Schiffe § 1266 A. 1, für Pfandrechte an „Rechten“ § 1273 A. 4.

#### 10. Verjährung §. 1226.

Die Ersatzansprüche des Verpfänders wegen Veränderungen oder Verschlechterungen des Pfandes<sup>1</sup> sowie die Ansprüche des Pfandgläubigers auf Ersatz von Verwendungen oder auf Gestattung der Wegnahme einer Einrichtung<sup>2</sup> verjähren in sechs Monaten.<sup>3</sup> Die Vorschriften des §. 558 Abs. 2, 3 finden entsprechende Anwendung.<sup>4</sup>

IIa 1188, IIb 1211, III 1209. Prot. III, 460. — § 1057.

1. § 1217 A. 1. 2. § 1216. 3. § 558<sup>1</sup>. 4. § 198 A. 2.

#### 11. Geltendmachung §. 1227.

Wird das Recht des Pfandgläubigers beeinträchtigt, so finden auf die Ansprüche des Pfandgläubigers<sup>1</sup> die für die Ansprüche aus dem Eigenthume<sup>2</sup> geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.<sup>3-4</sup>

I 1155, IIa 1184, IIb 1212, III 1210. W. III, 809. Prot. III, 454. — § 1065.

1. welche der selbständigen, von dem Falle des § 223<sup>1</sup> zu unterscheidenden Verjährung gemäß §§ 194 ff. unterliegen, soweit nicht im einzelnen ein anderes bestimmt ist, z. B. § 561<sup>2</sup>.

2. §§ 561<sup>2</sup>, 1065 A. 1 u. 2, 1232. E. ZW. 08<sup>681</sup>.

3. Außerdem hat er als Besitzer (§ 1205) gerichtlichen Besitzeschutz (§§ 861, 862, 867). Selbsthilfe nach den Vorschriften für den Besitzer (§ 859) und nach den allgemeinen Grundsätzen der §§ 227 ff. — §§ 561<sup>1</sup>, 704.

4. Für Schiffe § 1266 A. 1.

## 12. Pfandvollstreckung

## a) Voraussetzungen

## §. 1228.

Die Befriedigung des Pfandgläubigers aus dem Pfande<sup>1</sup> erfolgt durch Verkauf.<sup>2</sup>

Der Pfandgläubiger ist zum Verkaufe berechtigt<sup>3</sup>, sobald die Forderung ganz oder zum Theil fällig ist.<sup>4</sup> Besteht der geschuldete Gegenstand nicht in Geld, so ist der Verkauf erst zulässig, wenn die Forderung in eine Geldforderung übergegangen ist.<sup>5-6</sup>

I 1165, II a 1135, II b 1218, III 1211. W. III, 817. Prot. III, 463. D. 157, 158. — §§ 1147, 1268, 1277.

## 1. § 1230.

2. §§ 1231, 1232, 1233. Vgl. § 1229. Abgesehen von verpfändetem Gelde, bei welchem an die Stelle des Verkaufs die Aneignung zur Höhe der gesicherten Forderung tritt. — Für den Konkurs R.D. §§ 48, 127, E. R.G. 24<sup>a</sup>. — Für Schiffe § 1268. — Wird das Verkaufsrecht vertragsmäßig ausgeschlossen, so handelt es sich nur um ein Zurückbehaltungsrecht.

3. § 1243<sup>1</sup>. Er ist nicht verpflichtet, sofern nicht nach Treu und Glauben (§ 242) der Schuldner Verkauf verlangen kann, E. R. 74<sup>182</sup>. Der Schuldner hat aber das sogenannte beneficium excussionis realis (§ 1210 A. 7). — § 772<sup>2</sup>.

4. § 198 A. 3. Verzug des Schuldners nicht erforderlich. Bei Erfüllung Zug um Zug muß aber der Schuldner hinsichtlich der Gegenleistung in Annahmeverzug (§§ 293 ff., insbesondere § 298) gekommen sein. §§ 322, 274. — Im allgemeinen ist ein vollstreckbarer Schuldtitel nicht erforderlich. Vgl. aber § 1233<sup>3</sup>.

5. z. B. §§ 280, 283, 286, 325. R.P.D. § 893.

6. §§ 1282, 1283<sup>3</sup>, 1294, 1296.

## b) Verfallvertrag

## §. 1229.

Eine vor dem Eintritte der Verkaufsberechtigung<sup>1</sup> getroffene Vereinbarung, nach welcher dem Pfandgläubiger, falls er nicht oder nicht rechtzeitig befriedigt wird, das Eigenthum an der Sache zufallen oder übertragen werden soll<sup>2</sup>, ist nichtig.<sup>3</sup>

I 1167, II a 1136, II b 1214, III 1212. W. III, 820. Prot. III, 467. - §§ 390, 1149.

1. § 1228<sup>2</sup>. Später ist die Vereinbarung (lex commissoria) zulässig.

2. Verboten auch Vereinbarung der Übertragung zu einem festgesetzten Preise oder zum Schätzungswerte oder zum Markt- oder Wörfenpreis, nicht aber die aus § 1245, E. Gr. 48<sup>414</sup>.

3. § 139 A. 1. Wegen verpfändeten Geldes § 1228 A. 2. Für Schiffe § 1266 A. 1, für Pfandrecht an „Rechten“ § 1277.

## c) Gegenstände §. 1230.

Unter mehreren Pfändern<sup>1</sup> kann der Pfandgläubiger, soweit nicht ein Anderes bestimmt ist, diejenigen auswählen, welche verkauft werden sollen. Er kann nur so viele Pfänder zum Verkaufe bringen, als zu seiner Befriedigung erforderlich sind.<sup>2</sup>

I 1176, II a 1187, II b 1215, III 1218. R. III, 828. Prot. III, 479. D. 158.

1. § 1222. — § 1132.

2. BPD. §§ 803, 818. §§ 1243<sup>1</sup>, 1282<sup>1</sup> Satz 2. — Nicht zwingend, E. JW. 08<sup>143</sup>.

d) Recht auf Herausgabe  
aa) im allgemeinen §. 1231.

Ist der Pfandgläubiger nicht im Alleinbesitze des Pfandes<sup>1</sup>, so kann er nach dem Eintritte der Verkaufsberechtigung<sup>2</sup> die Herausgabe des Pfandes zum Zwecke des Verkaufs fordern.<sup>3</sup> Auf Verlangen des Verpfänders hat an Stelle der Herausgabe die Ablieferung an einen gemeinschaftlichen Verwahrer<sup>4</sup> zu erfolgen; der Verwahrer hat sich bei der Ablieferung zu verpflichten, das Pfand zum Verkaufe bereitzustellen.

II a 1188, II b 1216, III 1214. Prot. III, 468.

1. § 1206, nicht § 1205<sup>2</sup>. 2. § 1228<sup>2</sup>.

3. und zwar auch gegen Dritte, welche jedoch, sofern nicht das Pfandrecht gemäß § 1208 vorgeht, Herausgabe aus denselben Gründen verweigern können, wie gegenüber dem Eigentümer (§ 986 u. A.). — § 1232. 4. §§ 688 ff. — § 1232 A. 2.

bb) gegen vorstehende  
Pfandgläubiger §. 1232.

Der Pfandgläubiger ist nicht verpflichtet, einem ihm im Range nachstehenden Pfandgläubiger<sup>1</sup> das Pfand zum Zwecke des Verkaufs herauszugeben. Ist er nicht im Besitze<sup>2</sup> des Pfandes, so kann er, sofern er nicht selbst den Verkauf betreibt, dem Verkaufe durch einen nachstehenden Pfandgläubiger nicht widersprechen.<sup>3</sup>

I 1166, II a 1189, II b 1217, III 1215. R. III, 819. Prot. III, 466.

1. § 1209. Vgl. aber § 1249. Auch dem im Range gleichstehenden Pfandgläubiger braucht das Pfand nicht ohne weiteres herausgegeben zu werden. Vgl. aber § 744<sup>2</sup>.

2. Der mittelbare Besitz, z. B. im Falle des § 1231<sup>2</sup>, muß aber genügen.

3. Mit dieser Einschränkung hat also auch der im Range nachstehende Pfandgläubiger das Verkaufsrecht mit den in § 1242 angegebenen Wirkungen. — BPD. § 805.

## e) Ausführung des Verkaufs §. 1233.

Der Verkauf des Pfandes ist nach den Vorschriften der §§. 1234 bis 1240 zu bewirken.<sup>1</sup>

Hat der Pfandgläubiger für sein Recht zum Verkauf<sup>2</sup> einen vollstreckbaren Titel<sup>3</sup> gegen den Eigenthümer erlangt, so kann er den Verkauf auch<sup>4</sup> nach den für den Verkauf einer gepfändeten Sache geltenden Vorschriften<sup>5</sup> bewirken lassen.<sup>6</sup>

I 1169, IIa 1140, IIb 1218, III 1216. W. III, 822. Prot. III, 474. Z. 157. — §§ 753, 1003, 1007, 1277, SGB. § 371.

1. außergerichtlicher Pfandverkauf ohne gerichtliche Erlaubnis. — Abweichungen §§ 1245, 1246.

2. welches von dem Recht auf Befriedigung der persönlichen Forderung zu unterscheiden ist und, obwohl die Forderung in eine Geldforderung übergegangen sein muß (§ 1228<sup>2</sup>), abweichend vom Grundstückspfand nicht im Urkundenprozeß oder Mahnverfahren verfolgt werden kann. ZPO. §§ 592<sup>2</sup>, 688<sup>2</sup>.

3. vorzugsweise ZPO. §§ 704, 794, 801.

4. §§ 1234 bis 1240 kommen alsdann nicht zur Anwendung, wohl aber §§ 1241 ff.

5. ZPO. §§ 814 ff. ZPO. § 811 greift hier nicht Platz. § 1204 N. 4.

6. Besondere Wirkung in § 1244.

## aa) Wartefrist §. 1234.

Der Pfandgläubiger hat dem Eigenthümer<sup>1</sup> den Verkauf vorher anzudrohen<sup>2</sup> und dabei den Gelbbetrag zu bezeichnen<sup>3</sup>, wegen dessen der Verkauf stattfinden soll. Die Androhung kann erst nach dem Eintritte der Verkaufsberechtigung<sup>4</sup> erfolgen; sie darf unterbleiben, wenn sie unthunlich ist.<sup>5</sup>

Der Verkauf darf nicht vor dem Ablauf eines Monats<sup>6</sup> nach der Androhung erfolgen. Ist die Androhung unthunlich, so wird der Monat von dem Eintritte der Verkaufsberechtigung an berechnet.<sup>7</sup>

I 1170, IIa 1141, IIb 1219, III 1217. W. III, 823. Prot. III, 476. Z. 157.

1. § 1248. 2. §§ 384, 1220. 3. § 1003.

4. § 1228<sup>2</sup>. 5. §§ 384<sup>1-3</sup>, 1220<sup>2</sup>.

6. §§ 187, 188. ZPO. § 816. Für Pfandrechte des Handelsrechts eine Woche SGB. § 368. — SGB. § 371<sup>2</sup>, 440<sup>1</sup>, 623<sup>4</sup>.

7. §§ 1243<sup>2</sup>, 1245<sup>1</sup>. — § 1128<sup>1</sup>.

## bb) Versteigerung §. 1235.

Der Verkauf des Pfandes ist im Wege öffentlicher Versteigerung zu bewirken.<sup>1</sup>

Hat das Pfand einen Börsen- oder Marktpreis, so findet die Vorschrift des §. 1221 Anwendung.<sup>2</sup>

I 1171<sup>1</sup>, IIa 1142, IIb 1220, III 1218. RR. III, 824. Prot. III, 476. D. 158.

1. §§ 383<sup>3</sup>, 935 A. 4. — §§ 1243<sup>1</sup>, 1245<sup>1-2</sup>, 1246. — Ausnahme § 1240<sup>2</sup>. — Für Lombardverkehr der Reichsbank RG. v. 14. S. 75 § 20.

2. §§ 1243<sup>1</sup>, 1244, 1245<sup>1-2</sup>, 1246.

#### cc) Ort §. 1236.

Die Versteigerung hat an dem Orte zu erfolgen, an dem das Pfand aufbewahrt wird.<sup>1</sup> Ist von einer Versteigerung an dem Aufbewahrungsort ein angemessener Erfolg nicht zu erwarten, so ist das Pfand an einem geeigneten anderen Orte zu versteigern.<sup>2</sup>

I 1172<sup>1</sup>, IIa 1143, IIb 1121, III 1119. RR. III, 824. Prot. III, 478. D. 158.

1. § 383<sup>1</sup>. ZPD. § 816<sup>2</sup>. 2. § 383<sup>2</sup>. §§ 1243<sup>2</sup>, 1245, 1246.

#### dd) Bekanntmachung §. 1237.

Zeit und Ort der Versteigerung sind unter allgemeiner Bezeichnung des Pfandes öffentlich bekannt zu machen.<sup>1</sup> Der Eigenthümer<sup>2</sup> und Dritte, denen Rechte an dem Pfande zustehen<sup>3</sup>, sind besonders zu benachrichtigen; die Benachrichtigung darf unterbleiben, wenn sie unthunlich ist.<sup>4</sup>

I 1172<sup>1</sup>, 1172<sup>2</sup>, IIa 1144, IIb 1222, III 1220. RR. III, 824. Prot. III, 477, 478. D. 158.

1. § 383<sup>3</sup>. — ZPD. § 816<sup>3</sup>. — §§ 1243<sup>1</sup>, 1245<sup>2</sup>, 1246.

2. § 1248, SGB. §§ 440<sup>4</sup>, 623<sup>4</sup>. 3. §§ 1208, 1209.

4. § 384<sup>2-3</sup>. — §§ 1234, 1243<sup>2</sup>, 1245<sup>1</sup>.

#### ee) Kaufbedingungen §. 1238.

Das Pfand darf nur mit der Bestimmung verkauft werden, daß der Käufer den Kaufpreis sofort baar<sup>1</sup> zu entrichten hat und seiner Rechte verlustig sein soll, wenn dies nicht geschieht.<sup>2</sup>

Erfolgt der Verkauf ohne diese Bestimmung, so ist der Kaufpreis als von dem Pfandgläubiger empfangen anzusehen; die Rechte des Pfandgläubigers gegen den Ersther bleiben unberührt. Unterbleibt die sofortige Entrichtung des Kaufpreises, so gilt das Gleiche, wenn nicht vor dem Schlusse des Versteigerungstermins von dem Vorbehalte der Rechtsverwirkung Gebrauch gemacht wird.<sup>3</sup>

I 1173<sup>1</sup> Cap 2, 1175, IIa 1146, IIb 1223, III 1221. RR. III, 825, 827. Prot. III, 479. D. 458.

1. *§ 195<sup>a</sup>*. 2. *§ 360, BPD. § 817*. — Gift auch im Falle *§ 1235<sup>a</sup>*. 3. *§§ 1243<sup>a</sup>, 1245<sup>1</sup>, 1246, 1247*.

#### ff) Bieter §. 1239.

Der Pfandgläubiger und der Eigenthümer<sup>1</sup> können bei der Versteigerung mitbieten. Erhält der Pfandgläubiger den Zuschlag, so ist der Kaufpreis als von ihm empfangen anzusehen.<sup>2</sup>

Das Gebot des Eigenthümers darf zurückgewiesen werden, wenn nicht der Betrag baar erlegt wird. Das Gleiche gilt von dem Gebote des Schuldners, wenn das Pfand für eine fremde Schuld haftet.<sup>3</sup>

*I 1173<sup>1</sup> Cap 1, 2<sup>a</sup>, II a 1145, II b 1224, III 1222. R. III, 825<sup>a</sup>. Prot. III, 479. D. 158.*

1. Auch Verpfänder und persönlicher Schuldner, wenn sie vom Eigenthümer verschieden sind, können mitbieten und den Zuschlag erhalten, nicht aber der Versteigerungsbeamte und seine Gehilfen (*§§ 456, 457*). *E. RG. 31<sup>219</sup>*. 2. *§§ 1245<sup>1</sup>, 1246, 1247*.

3. Entsprechende Anwendung bei der Zwangsvollstreckungsversteigerung nach *BPD. § 816<sup>4</sup>*.

#### gg) Gold- und Silbersachen §. 1240.

Gold- und Silbersachen dürfen nicht unter dem Gold- oder Silberwerthe zugeschlagen werden.

Wird ein genügendes Gebot nicht abgegeben, so kann der Verkauf durch eine zur öffentlichen Versteigerung befugte Person<sup>1</sup> aus freier Hand zu einem den Gold- oder Silberwerth erreichenden Preise erfolgen.<sup>2</sup>

*I 1174, II a 1147, II b 1225, III 1223. R. III, 827. Prot. III, 479. D. 158.*

1. *§ 383<sup>2</sup>*.

2. *BPD. § 820*. Vgl. *§§ 1243<sup>1</sup>, 1244, 1245<sup>1-2</sup>, 1246*.

#### ff) Nachricht vom Verkauf §. 1241.

Der Pfandgläubiger hat den Eigenthümer<sup>1</sup> von dem Verkaufe des Pfandes und dem Ergebniß unverzüglich<sup>2</sup> zu benachrichtigen, sofern nicht die Benachrichtigung unthunlich ist.<sup>3</sup>

*I 1179, II a 1148, II b 1226, III 1224. R. III, 830. Prot. III, 480. D. 158. — § 1285.*

1. *§ 1248, § 440<sup>4</sup>, 623<sup>4</sup>*. 2. *§ 121<sup>1</sup>*.

3. *§§ 384, 1220*. — *§ 1243<sup>2</sup>*.

#### g) Wirkung der rechtmäßigen Veräußerung §. 1242.

Durch die rechtmäßige Veräußerung des Pfandes<sup>1</sup> erlangt der Erwerber die gleichen Rechte, wie wenn er die Sache von

dem Eigenthümer erworben hätte.<sup>2</sup> Dies gilt auch dann, wenn dem Pfandgläubiger der Zuschlag erteilt wird.<sup>3</sup>

Pfandrechte an der Sache<sup>4</sup> erlöschen, auch wenn sie dem Erwerber bekannt waren.<sup>5</sup> Das Gleiche gilt von einem Nießbrauch<sup>6</sup>, es sei denn, daß er allen<sup>4</sup> Pfandrechten im Range<sup>7</sup> vorgeht.<sup>8</sup>

I 1180<sup>1-2</sup>, II a 1149, II b 1227, III 1225. R. III, 830. Prot. III, 480. D. 158. — § 871.

1. § 1243<sup>1</sup>.

2. §§ 929 ff. — Wegen der dem Pfandgläubiger obliegenden Gewährleistung für Sachmängel § 461, der aber den Fall des § 1235<sup>2</sup> nicht trifft. In bezug auf Rechtsmängel helfen §§ 1244, 1248.

3. § 1239. Wird dem Eigenthümer der Zuschlag erteilt, so verbleibt ihm sein Eigentum so, wie es war, aber es tritt Abs. 2 ein.

4. Alle, sowohl das dem Pfandverkauf zugrunde liegende, als die ihm im Recht vorhergehenden oder nachstehenden.

5. über den § 936 hinaus. — § 1247. 6. §§ 1130 ff.

7. §§ 1208, 1209, 1232 A. 3. 8. § 1249.

#### h) Nicht rechtmäßige Veräußerung §. 1243.

Die Veräußerung des Pfandes ist nicht rechtmäßig<sup>1</sup>, wenn gegen die Vorschriften des §. 1228 Abs. 2, des §. 1230 Satz 2, des §. 1235, des §. 1237 Satz 1 oder des §. 1240 verstoßen wird.<sup>2</sup>

Verletzt der Pfandgläubiger eine andere für den Verkauf geltende Vorschrift<sup>3</sup>, so ist er zum Schadensersatz<sup>4</sup> verpflichtet, wenn ihm ein Verschulden<sup>5</sup> zur Last fällt.

I 1181<sup>1-2</sup>, II a 1150, II b 1228, III 1226. R. III, 831. Prot. III, 482. D. 158.

1. Nur diese Vorschriften sind wesentlich. Es tritt bei ihrer Verletzung die Folge des § 1242 nicht ein, sondern die des § 1244.

2. Außerdem § 371<sup>3</sup>. 3. namentlich die §§ 1234, 1236, 123 Satz 2, 1238, 1241. 4. §§ 249 ff. 5. §§ 276 ff.

#### §. 1244.

Wird eine Sache als Pfand veräußert, ohne daß dem Veräußerer ein Pfandrecht zusteht<sup>1</sup> oder den Erfordernissen genügt wird, von denen die Rechtmäßigkeit der Veräußerung abhängt<sup>2</sup>, so finden die Vorschriften der §§. 932 bis 934, 936 entsprechende Anwendung, wenn die Veräußerung nach §. 1233 Abs. 2 erfolgt ist oder die Vorschriften des §. 1235 oder des §. 1240 Abs. 2 beobachtet worden sind.<sup>3</sup>

I 1182, II a 1151, II b 1229, III 1227. R. III, 831, 805. Prot. III, 482, VI, 262. — § 135<sup>2</sup>.

1. sei es, daß es nicht rechtswirksam begründet (§§ 1205 bis 1207) oder erloschen (§ 1223 A. 2) oder auf eine andere Person übergegangen ist (§ 1250).

2. § 1243<sup>1</sup> und FGB. § 371<sup>3</sup>.  
3. E. R. 61<sup>333</sup>. Es muß also in der äußeren Form den gesetzlichen Vorschriften genügt sein. — FGB. § 366.

### l) Abweichende Art d. Verkaufes aa) auf Vereinbarung §. 1245.

Der Eigenthümer<sup>1</sup> und der Pfandgläubiger können eine von den Vorschriften der §§. 1234 bis 1240 abweichende Art<sup>2</sup> des Pfandverkaufes vereinbaren. Steht einem Dritten an dem Pfande ein Recht zu, das durch die Veräußerung erlischt<sup>3</sup>, so ist die Zustimmung des Dritten erforderlich. Die Zustimmung ist demjenigen gegenüber zu erklären, zu dessen Gunsten sie erfolgt; sie ist unwiderruflich.<sup>4-5</sup>

Auf die Beobachtung der Vorschriften des §. 1235, des §. 1237 Satz 1 und des §. 1240 kann nicht vor dem Eintritte der Verkaufsberechtigung verzichtet werden.

I 1177, IIa 1152, IIb 1230, III 1228. R. III, 828. Prot. III, 479, VI, 891. D. 158. — §§ 1229, 1284.

1. § 1248. Die (formlose) Vereinbarung bindet auch die Sondernachfolger.

2. E. Gr. 48<sup>411</sup>. Voraussetzungen (§ 1228<sup>2</sup>) stehen hier nicht in Frage.

3. § 1242<sup>2</sup>. 4. § 1071 u. A. — § 1255.

5. Für Pfandrechte an „Rechten“ § 1275.

### bb) ohne Vereinbarung §. 1246.

Entspricht eine von den Vorschriften der §§. 1235<sup>1</sup> bis 1240 abweichende Art des Pfandverkaufes nach billigem Ermessen den Interessen der Beteiligten, so kann jeder von ihnen verlangen, daß der Verkauf in dieser Art erfolgt.

Kommt eine Einigung nicht zu Stande, so entscheidet das Gericht.<sup>2</sup>

I 1178, IIa 1153, IIb 1231, III 1229. R. III, 829. Prot. III, 479. D. 158. — FGB. § 825.

1. § 1234 muß beobachtet werden.

2. d. h. daß Amtsgericht der Aufbewahrung im Wege der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGB. § 166), aber nur über die Art, nicht über das Recht zum Pfandverkauf, E. R. G. 24<sup>3</sup>. Kosten trägt, wenn nicht den Gegner ein Ver schulden trifft, der Antragsteller, E. Bay. 5<sup>513</sup>. — § 1052 A. 4. — Für Pfandrechte an „Rechten“ § 1273 A. 4.

### k) Behandlung des Erlöses §. 1247.

Soweit der Erlös aus dem Pfande<sup>1</sup> dem Pfandgläubiger zu seiner Befriedigung gebührt<sup>2</sup>, gilt die Forderung als von

dem Eigenthümer<sup>8</sup> berichtigt.<sup>4</sup> Im Uebrigen tritt der Erbs an die Stelle des Pfandes.<sup>5-6</sup>

I 1189, II a 1154, II b 1282, III 1230. W. III, 833. Prot. III, 482.

1. einschließlich des Kaufpreises, welcher gemäß §§ 1238, 1239 als empfangen anzusehen ist.

2. in dem § 1211 angegebenen Umfange. 3. nicht von dem davon etwa verschiedenen Verpfänder oder persönlichen Schuldner.

4. Dadurch ist der persönliche Schuldner insoweit befreit (§ 267). Eigenthümer hat aber gegen den persönlichen Schuldner, soweit kein besonderes Rechtsverhältnis zwischen ihnen besteht, den Rückgriff nach § 1225 bzw. §§ 812 ff. — § 1288<sup>2</sup>.

5. An dem Ueberschuß (hyperocha) bestehen also diejenigen Rechte, die bisher an dem Pfande bestanden, E. R. 63<sup>18</sup>, 69<sup>200</sup>.

6. Für Pfandrechte an „Rechten“ § 1273 U. 4.

### 1) Behandlung des Verpfänders als Eigenthümer §. 1248.

Bei dem Verkaufe des Pfandes gilt zu Gunsten des Pfandgläubigers der Verpfänder als der Eigenthümer, es sei denn, daß der Pfandgläubiger weiß<sup>1</sup> daß der Verpfänder nicht der Eigenthümer ist.<sup>2</sup>

I 1195<sup>2</sup>, II a 1155, II b 1283, III 1231. W. III, 843. Prot. III, 492. — §§ 1058, 1141<sup>2</sup>, 1148, § 872.

1. Fahrlässige Unkenntnis steht dem Wissen hier nicht gleich.

2. § 1207 U. 1. — §§ 1234, 1237, 1241, 1245. — Für Pfandrechte an „Rechten“ § 1273 U. 4.

### 13. Ablösungsrecht §. 1249.

Wer durch die Veräußerung des Pfandes<sup>1</sup> ein Recht an dem Pfande verlieren würde<sup>2</sup>, kann den Pfandgläubiger befriedigen<sup>3</sup>, sobald der Schuldner zur Leistung berechtigt ist.<sup>4</sup> Die Vorschriften des §. 268 Abs. 2, 3 finden entsprechende Anwendung.<sup>5</sup>

I 1181 518 1164, II a 1156, II b 1284, III 1282. W. III, 816. Prot. III, 461, 465. D. 158. — § 1150.

1. z. B. in Folge des Zollspfandrechts des Fiskus, E. R. 67<sup>214</sup>, 70<sup>400</sup>. 2. entsprechend dem § 268<sup>1</sup>. 3. § 1223 U. 7. — Mit

Forderung (§ 268<sup>3</sup>) geht Pfandrecht über. § 1250.

4. E. ZB. 03 B. 55, R. 53<sup>404</sup>. Für Schiffe § 1266 U. 1, für Pfandrechte an „Rechten“ § 1273 U. 4.

### 14. Übertragung a) Grundsatz §. 1250.

Mit der Uebertragung der Forderung<sup>1</sup> geht das Pfandrecht auf den neuen Gläubiger über.<sup>2</sup> Das Pfandrecht kann nicht ohne die Forderung übertragen werden.



Wird bei der Uebertragung der Forderung der Uebergang des Pfandrechts ausgeschlossen, so erlischt das Pfandrecht.<sup>3-4</sup>

I 1186, 1190, IIa 1157, IIb 1285, III 1293. R. III, 836, 888. Prot. III, 483, 487. — §§ 401, 1163.

1. §§ 398 ff., auch bei Uebergang kraft Gesetzes oder auf Grund gesetzlicher Verpflichtung (§§ 412, 1251 a. E.). — ZPD. §§ 1225, 1249 und 838.

2. § 1251. 3. § 1204 N. 5, E. ZW. 05<sup>428</sup>.

4. Für Schiffe § 1266 N. 1, § 1271 N. 1, für Pfandrechte an „Rechten“ § 1273 N. 4.

## b) Wirkung §. 1251.

Der neue Pfandgläubiger<sup>1</sup> kann von dem bisherigen Pfandgläubiger die Herausgabe des Pfandes verlangen.<sup>2</sup>

Mit der Erlangung des Besizes tritt der neue Pfandgläubiger an Stelle des bisherigen Pfandgläubigers in die mit dem Pfandrechte verbundenen Verpflichtungen<sup>3</sup> gegen den Verpfänder ein. Erfüllt er die Verpflichtungen nicht, so haftet für den von ihm zu ersetzenden Schaden<sup>4</sup> der bisherige Pfandgläubiger<sup>5</sup> wie ein Bürge, der auf die Einrede der Vorausklage verzichtet hat.<sup>6</sup> Die Haftung des bisherigen Pfandgläubigers tritt nicht ein, wenn die Forderung kraft Gesetzes auf den neuen Pfandgläubiger übergeht<sup>7</sup> oder ihm auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung abgetreten wird.<sup>8</sup>

I 1187<sup>1-2</sup>, IIa 1158, IIb 1286, III 1294. R. III, 837. Prot. III, 483, 484.

1. § 1250<sup>1</sup>. 2. gemäß § 1227. — ZPD. § 838.

3. §§ 1214, 1215, 1217, 1218, 1223, 1243<sup>2</sup>. 4. §§ 249 ff.

5. neben dem neuen Pfandgläubiger.

6. § 773 Nr. 1. — § 765 N. 1.

7. § 412, § 408 N. 2. 8. z. B. § 346.

## 15. Erlöschen<sup>1</sup>

### a) mit der Forderung §. 1252.

Das Pfandrecht erlischt mit der Forderung, für die es besteht.<sup>2-8</sup>

I 1192<sup>1</sup>, IIa 1159, IIb 1237, III 1235. R. III, 840. Prot. III, 490.

1. § 1223 N. 1. Für ältere Pfandrechte E. Gr. 46<sup>306</sup>.

2. § 1211<sup>1</sup> und § 559 Satz 2. — Über die Befriedigung durch den Verpfänder, der nicht persönlicher Schuldner ist, §§ 1217<sup>2</sup>, 1223<sup>2</sup>, 1224, 1225. Einfluß des Zwangsvergleichs, E. ZW. 10<sup>29</sup>. — Ausnahme § 1256<sup>2</sup>. 3. Folge § 1223<sup>1</sup>.

4. Für Schiffe § 1266 N. 1, Pfandrechte an „Rechten“ § 1273 N. 4.

## b) mit der Rückgabe §. 1253.

Das Pfandrecht erlischt, wenn der Pfandgläubiger das Pfand dem Verpfänder oder dem Eigenthümer zurückgibt.<sup>1</sup> Der Vorbehalt der Fortdauer des Pfandrechts ist unwirksam.<sup>2</sup>

Ist das Pfand im Besitze<sup>3</sup> des Verpfänders oder des Eigenthümers, so wird vermuthet<sup>4</sup>, daß das Pfand ihm von dem Pfandgläubiger zurückgegeben worden sei. Diese Vermuthung gilt auch dann, wenn sich das Pfand im Besitze eines Dritten befindet, der den Besitze nach der Entstehung des Pfandrechts von dem Verpfänder oder dem Eigenthümer erlangt hat.

I 1191, II a 1160, II b 1238, III 1236. R. III, 839. Prot. III, 487. — § 1278.

1. gleichviel, ob er dazu, z. B. nach Maßgabe des Pfandvertrages oder gemäß §§ 1217, 1218 verpflichtet wird oder nicht. Rückgabe muß aber mit seinem Willen erfolgt sein, sonst Rückgabe schon aus § 861, E. R. 57<sup>320</sup>. Auch mußte er wissen, daß sie an den Verpfänder oder Eigenthümer erfolgte. — §§ 560 mit 561<sup>2</sup> Satz 2, 704. — Der Rückgabe steht bei Gattungssachen die Erlaubnis zur beliebigen Ersetzung gleich. E. R. 67<sup>423</sup>.

2. Die Bestimmung ist also zwingend und unabhängig von Verzicht (§ 1255), E. R. 57<sup>325</sup>. Gleich steht bewilligte Entfernung der Pfändungspfandzeichen, E. R. 57<sup>323</sup>.

3. im unmittelbaren oder mittelbaren Besitze (§ 868 A. 6).

4. RPD. § 292.

## c) in Folge einer Einrede §. 1254.

Steht dem Pfandrecht eine Einrede entgegen, durch welche die Geltendmachung des Pfandrechts dauernd ausgeschlossen wird<sup>1</sup>, so kann der Verpfänder die Rückgabe des Pfandes verlangen.<sup>2</sup> Das gleiche Recht hat der Eigenthümer.<sup>3</sup>

I 1192<sup>3</sup>, II a 1161, II b 1239, III 1237. R. III, 841. Prot. III, 490. — § 1169.

1. § 1169 A. 1.

2. E. ZB. 08. Das gleiche Recht hat er, wenn das Pfandrecht in irgendeiner Weise erlischt. — § 1223<sup>1</sup>.

3. Für Schiffe § 1266, für Pfandrechte an „Rechten“ § 1278 A. 2.

## d) durch Aufhebung §. 1255.

Zur Aufhebung des Pfandrechts durch Rechtsgeschäft genügt die Erklärung des Pfandgläubigers gegenüber dem Verpfänder oder dem Eigenthümer, daß er das Pfandrecht aufgabe.<sup>1</sup>

Ist das Pfandrecht mit dem Rechte eines Dritten belastet<sup>2</sup>, so ist die Zustimmung des Dritten erforderlich. Die Zustimmung

ist demjenigen gegenüber zu erklären, zu dessen Gunsten sie erfolgt; sie ist unwiderruflich.<sup>3</sup>

I 1189, II a 1162, II b 1240, III 1238. R. III, 838. Prot. III, 487, VI, 246. — § 876.

1. § 1064 mit A., § 1822 Nr. 13. — Folge § 1223<sup>1</sup>.

2. § 1256<sup>1</sup>. 3. § 1071 u. A. — § 1245. — Für Schiffe § 1266 A. 1, für Pfandrechte an „Rechten“ § 1273 A. 4.

#### e) durch Zusammentreffen mit dem Eigentum §. 1256.

Das Pfandrecht erlischt, wenn es mit dem Eigentum in derselben Person zusammentrifft. Das Erlöschen tritt nicht ein, solange die Forderung, für welche das Pfandrecht besteht, mit dem Rechte eines Dritten belastet ist.<sup>1</sup>

Das Pfandrecht gilt als nicht erloschen, soweit der Eigentümer ein rechtliches Interesse an dem Fortbestehen des Pfandrechts hat.<sup>2</sup>

I 1193, II a 1163, II b 1241, III 1239. R. III, 842. Prot. III, 492.

1. § 1255<sup>2</sup>.

2. § 1063 A. 1 und § 1223. Es besteht gleich der Eigentümergrundschuld ohne Forderung fort. — Für Schiffe § 1266 A. 1, für Pfandrechte an „Rechten“ § 1273 A. 4.

## II. Gesetzliches Pfandrecht §. 1257.

Die Vorschriften über das durch Rechtsgeschäft bestellte Pfandrecht<sup>1</sup> finden auf ein kraft Gesetzes<sup>2</sup> entstandenes Pfandrecht entsprechende Anwendung.<sup>3-4.5.6</sup>

II a 1164, II b 1242, III 1240.

1. §§ 1204 bis 1246. E. F. G. 4<sup>392</sup>. Vorschriften über das Nupfand (§§ 1213, 1214) bleiben außer Anwendung. Fehlt Besitz, so bleiben auch die Vorschriften außer Anwendung, welche Besitz des Pfandgläubigers voraussetzen (§§ 1217 bis 1221, 1223<sup>1</sup>, 1251, 1253, 1254). Auch §§ 1207, 1208 passen nur auf rechtsgeschäftliche Bestellung, E. Sachf. 12<sup>392</sup>. Vgl. aber HGB. §§ 366<sup>2</sup>, 623<sup>3</sup>.

2. §§ 559 bis 563, 581, 585, 590, 647, 704, auch § 233. Anzuwenden auch auf die gesetzlichen Pfandrechte des Handelsrechts (HGB. §§ 397, 410, 411, 421, 440 bis 443, 623, 674, 679, 725, 751, 777, BSchG. §§ 26, 77<sup>2</sup>, 89, 97, FSchG. v. 15. 6. 95 §§ 28 f., Strandungsordnung v. 17. 5. 74 § 20), soweit nicht das HGB. ein anderes bestimmt. HGB. §§ 366 bis 368, 443, § 1207 A. 3, § 1234 A. 6. Das Besizerfordernis bzw. eine Beziehung zum Grundstück des Pfandgläubigers (§ 854 A. 4) wird durchweg festgehalten. Vgl. indessen HGB. § 440<sup>3</sup>.

3. Rang der gesetzlichen Pfandrechte untereinander und im Verhältnis zu den rechtsgeschäftlichen Pfandrechten richtet sich nach § 1209,

während § 1208 im allgem. nicht paßt (aber *E. Sachs.* 12<sup>279</sup>), § 1209 *N.* 1 u. 3, *E. ZB.* 06<sup>225</sup>. Ausnahme *hGB.* § 443.

4. Pfändungspfandrecht bei Zwangsvollstreckung und Arrest (*ZPD.* §§ 803 bis 806, 930) ist kein gesetzliches Pfandrecht und folgt zunächst seinen besonderen Regeln. Es gewährt aber im Verhältnis zu anderen Gläubigern dieselben Rechte wie ein rechtsgeschäftliches Pfandrecht (*ZPD.* § 804<sup>2</sup>, *E. Bay.* 3<sup>211</sup>), dessen Regelung hier subsidiär anzuwenden ist, *E. R.* 61<sup>323</sup>. Damit ist auch der Rang im Verhältnis zu anderen Pfandrechten bestimmt. Unter Pfändungspfandrechten selbst entscheidet auch das Alter der Entstehung (*ZPD.* § 804<sup>3</sup>). Zuzufolge *ZPD.* § 804<sup>2</sup> Satz 2 konkurrieren hier aber auch die Vorzugsrechte der *R.D.* § 49 *Nr.* 3, 4, ebenso wegen *EG.* zu dem *RG.* betr. Änderungen der *R.D.* *Art.* III auch die auf Grund *EG.R.D.* § 17 (Fassung des *HypG.* § 43) landesrechtlich begründeten Vorzugsrechte. Einschränkung des gesetzlichen Pfandrechts des Vermieters und Gastwirts §§ 563, 704 gegenüber § 585, in Übereinstimmung mit *R.D.* § 49 *Nr.* 2. — Privatpfändung zum Schutze von Grundstücken und Bodenerzeugnissen ganz nach Landesrecht, *a.* 89.

5. Für den Konkurs *R.D.* §§ 48, 49, 127, 193.

6. Für Schiffe § 1259 *N.* 3 und § 1266 *N.* 1, für Pfandrechte an „Rechten“ § 1273 *N.* 4.

### III. Pfandrecht am Anteil<sup>1</sup> eines Miteigentümers §. 1258.

Besteht ein Pfandrecht an dem Antheil eines Miteigentümers<sup>2</sup>, so übt der Pfandgläubiger die Rechte aus, die sich aus der Gemeinschaft der Miteigentümer in Ansehung der Verwaltung der Sache und der Art ihrer Benutzung ergeben.<sup>3</sup>

Die Aufhebung der Gemeinschaft kann vor dem Eintritte der Verkaufsberechtigung<sup>4</sup> des Pfandgläubigers nur von dem Miteigentümer und dem Pfandgläubiger gemeinschaftlich verlangt werden.<sup>5</sup> Nach dem Eintritte der Verkaufsberechtigung kann der Pfandgläubiger die Aufhebung der Gemeinschaft verlangen, ohne daß es der Zustimmung<sup>6</sup> des Miteigentümers bedarf; er ist nicht an eine Vereinbarung gebunden, durch welche die Miteigentümer das Recht, die Aufhebung der Gemeinschaft zu verlangen, für immer oder auf Zeit ausgeschlossen oder eine Kündigungsfrist bestimmt haben.<sup>7</sup>

Wird die Gemeinschaft aufgehoben, so gebührt dem Pfandgläubiger das Pfandrecht an den Gegenständen, welche an die Stelle des Antheils treten.<sup>8</sup>

Das Recht des Pfandgläubigers zum Verkaufe des Antheils bleibt unberührt.<sup>9</sup>

<sup>1</sup> 1184, <sup>2</sup> II a 1165, <sup>3</sup> II b 1243, <sup>4</sup> III 1241. <sup>5</sup> *Pr.* III, 834. <sup>6</sup> *Prot.* III, 482, <sup>7</sup> IV, 600.

1. Pfandrechte an ideellen Anteilen anderer Art sind nicht ausgeschlossen. Arg. a contrario aus §§ 1095, 1106, 1114. Für Schiffe § 1272.

2. § 1008. Bestellung nach §§ 1205 ff. Mitbesitz der Sache durch den Pfandgläubiger ist also erforderlich.

3. § 1066<sup>1</sup>. Die besonderen Pflichten der Gemeinschaftsmitglieder, z. B. § 748, hat er aber nicht. 4. § 1228<sup>2</sup>. 5. § 1066<sup>2</sup>.

6. §§ 182 ff. 7. § 751. 8. § 1066 A. 4.

9. Er kann also, ohne die Aufhebung der Gemeinschaft zu betreiben, den Verkauf des Anteils gemäß §§ 1228 ff., welche aber, soweit sie hier nicht passen, z. B. § 1231, außer Anwendung bleiben, vornehmen lassen. Wirkung regelt § 1242 dahin, daß der Erstehende die gleichen Rechte hat, als wenn er den Anteil von dem Miteigentümer erworben hätte. § 1008 A. 4.

#### IV. Pfandrecht an Schiffen.

##### 1. Gegenstand §. 1259.

Für das Pfandrecht an einem im Schiffsregister eingetragenen<sup>1</sup> Schiffe<sup>2</sup> gelten die besonderen Vorschriften der §§. 1260 bis 1271.<sup>3</sup>

I 1197, II a 1166, II b 1244, III 1242. R. III, 844. Prot. III, 494. D. 159.

1. § 90 A. 3. Für Seeschiffe RG. v. 22. 6. 99, v. 29. 5. 01, Schutzgeb. § 10, Kaiser. B. D. v. 1. 3. 00 u. v. 5. 7. 03, für Binnenschiffe B. Sch. G. §§ 119 bis 129. Wegen früherer altes B. Sch. G. §§ 131 bis 137, vgl. G. H. G. B. a. 12 Nr. XXI. — Ausnahme für in Bau begriffene Seeschiffe G. H. G. B. a. 20. Br. § 30. — Für Anwendung der §§ 1259 ff. ist aber Tatsache der Eintragung, nicht Eintragungspflichtigkeit, maßgebend. Sonstige Schiffe werden schlechthin als bewegliche körperliche Sachen nach §§ 1204 ff. behandelt.

2. und an einer Schiffspart. § 1272.

3. Vorschriften über die Vormerei (H. G. B. §§ 679 bis 699) und gesetzliche (H. G. B. §§ 754 bis 777, B. Sch. G. §§ 102 bis 117) Pfandrechte der Schiffsgläubiger bleiben unberührt. Im übrigen beziehen sich §§ 1259 ff. sowohl auf bestellte wie auf gesetzliche Pfandrechte, z. B. das aus § 647 (vgl. § 1266, welcher den § 1257 anführt). E. F. G. 4<sup>222</sup>. Gleichgestellt ist durch B. W. G. § 169 das Pfandrecht für das im Zwangsversteigerungstermine nicht berichtigte Meistgebot. Ein Pfandrechtstitel gegen Vormund, Pfleger, Beistand in F. G. G. § 54<sup>2</sup>. Grundsätzlich sollen die Bestimmungen des Fahrnispfands Anwendung finden. E. F. W. 4<sup>222</sup>. — § 1266. — Die im folgenden getroffenen Abweichungen sind zum großen Teil dem Grundpfand entnommen. Zwangshypotheken gibt es nicht, B. W. G. § 870 gegenüber § 866. — Über Pfändungspfandrecht bei Arrest B. W. G. § 931. Weichlagnahme in der Zwangsvollstreckung gibt Pfandrecht B. W. G. §§ 162, 23. Vgl. aber B. W. G. § 931<sup>2</sup>.

##### 2. Bestellung §. 1260.

Zur Bestellung des Pfandrechts ist die Einigung des Eigentümers des Schiffes und des Gläubigers<sup>1</sup> darüber, daß dem



Gläubiger das Pfandrecht zustehen soll, und die Eintragung des Pfandrechts in das Schiffsregister<sup>2</sup> erforderlich.<sup>3</sup> Die Vorschriften des §. 873 Abs. 2 und des §. 878 finden entsprechende Anwendung.<sup>4</sup>

In der Eintragung müssen der Gläubiger, der Geldbetrag der Forderung<sup>5</sup> und, wenn die Forderung verzinslich ist, der Zinssatz angegeben werden. Zur näheren Bezeichnung der Forderung kann auf die Eintragungsbewilligung Bezug genommen werden.<sup>6</sup>

I 1196, 1198<sup>2</sup>, II a 1167, II b 1245, III 1243. R. III, 846, 848. Prot. III, 499, 501, 503. D. 159. — RÖ. v. 15. 6. 95 § 181 n. 1.

1. Nicht für eine Reederei, sondern nur für die Reeder nach Maßgabe ihrer Parten, E. F. G. 11<sup>97</sup>.

2. Eintragung regelt F. G. G. §§ 100 bis 124 in Anlehnung an die O. B. D. A. \* vor § 873. Allgemeine Vorschriften des F. G. G. finden Anwendung. Anlegung Pr. U. G. F. G. G. a. 29, Allg. Bf. v. 11. 12. 99. — Die auch auf den Schiffspapieren zu vermerkenden (F. G. G. § 120) Eintragungen (F. G. G. § 113) erfolgen regelmäßig nur auf Antrag (Ausnahme F. G. G. §§ 118, 119) auf Grund einer Bewilligung (F. G. G. §§ 100, 101, 106) in grundbuchmäßiger Form (F. G. G. § 108), welche zugleich den Nachweis der Einigung erübrigt, nach zuvoriger Eintragung des Berechtigten in das Schiffsregister (F. G. G. § 111), daneben auch auf Ersuchen einer zuständigen Behörde (F. G. G. § 110, Z. P. D. § 941, Z. B. G. §§ 162, 19, 130). Benachrichtigung der Beteiligten nach F. G. G. § 121, Beschwerde F. G. G. §§ 122 bis 124. — Über Mitbelastung mehrerer Schiffe F. G. G. § 116. — Auch Vormerkungen (entsprechende Anwendung der §§ 883 bis 888) können eingetragen werden (F. G. G. § 103, dazu R. D. § 14, Z. P. D. §§ 895, 941, 942). Die Eintragung einer Übertragung richtet sich nach F. G. G. § 104. Für Löschungen F. G. G. §§ 103, 105, 115, 119.

3. §§ 873<sup>1</sup>, 1205. Andere Formen sind für das O. B. D. zwar ausgeschlossen, vgl. aber § 1259 A. 3. — Übertragung oder Belastung bedarf der Eintragung nicht, § 1291 A. 3.

4. Dagegen, abweichend von § 892, kein Erwerb auf Grund Registerrechtscheins, E. R. 74<sup>109</sup>. — Vgl. aber §§ 1262, 1263. — Über Erwerbung nach der Konkursöffnung R. D. § 15.

5. Abweichung von § 1204 A. 6. — § 1271.

6. § 1115<sup>1</sup>. — Keine Eintragung der Unterwerfung unter die Zwangsvollstreckung und deren Zulässigkeit gegen Nachfolger, E. F. G. 10<sup>122</sup>.

### 3. Rang §. 1261.

Das Rangverhältnis der an dem Schiffe bestellten Pfandrechte bestimmt sich nach den Vorschriften der §§. 879 bis 881 und des §. 1151.<sup>1</sup>

II a 1168, II b 1246, III 1244. Prot. III, 506, 739. D. 160.

1. Für die Reihenfolge der Eintragungen FGG. § 114 = OBD. § 46<sup>1-3</sup>. Den gesetzlichen und anderen der Eintragung nicht bedürftigen Pfandrechten stehen die bestellten Pfandrechte bei Seeschiffen nach, §OB. § 776. Für Binnenschiffe BSchG. § 109.

#### 4. Wirkung der Eintragung §. 1262.

Solange das Pfandrecht im Schiffsregister eingetragen ist, behält es im Falle der Veräußerung oder Belastung des Schiffes seine Kraft, auch wenn der Erwerber in gutem Glauben ist.<sup>1</sup>

Ist das Pfandrecht mit Unrecht gelöscht<sup>2</sup>, so gelten im Falle der Veräußerung des Schiffes die Vorschriften des §. 936 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 auch dann, wenn der Erwerber das Eigenthum ohne Uebergabe erlangt<sup>3</sup>; die Vorschrift des §. 936 Abs. 3 findet keine Anwendung. Wird ein Pfandrecht<sup>4</sup>, welches dem mit Unrecht gelöschten Pfandrecht im Range nachsteht<sup>5</sup>, auf einen Dritten übertragen, so findet die Vorschrift des §. 1208 Satz 1 Anwendung.<sup>6</sup>

I 1201, II a 1169, II b 1247, III 1245. R. III, 848. Prot. III, 504. D. 160. — RG. v. 15. 6. 95 § 183.

1. Abweichung von § 936. Anders nach der Löschung Abs. 2. — Gilt auch trotz § 1242<sup>2</sup> bei Gerichtsvollzieherversteigerung nach ZPC. § 930, E. FG. 11<sup>17</sup>.

2. § 1263. Vor der Löschung finden §§ 936, 1032, 1208 keine Anwendung. 3. § 929 N. 4, § 931 N. 3.

4. bestelltes Pfandrecht, § 1259 N. 3. 5. § 1261.

6. Auch neu eingetragene Pfandrechte gehen den zu Unrecht gelöschten vor, wenn nicht die Unrichtigkeit der Löschung durchschaut war oder grobe Fahrlässigkeit (§ 932<sup>2</sup>) vorlag, E. R. 77<sup>8</sup>.

#### 5. Berichtigung des Schiffsregisters §. 1263.

Steht der Inhalt des Schiffsregisters in Ansehung eines Pfandrechts mit der wirklichen Rechtslage nicht im Einklange, so kann die Berichtigung des Registers nach den für die Berichtigung des Grundbuchs geltenden Vorschriften der §§. 894, 895, 897, 898 verlangt werden.<sup>1</sup>

Ist ein Pfandrecht mit Unrecht gelöscht worden<sup>2</sup>, so kann ein Widerspruch gegen die Richtigkeit des Schiffsregisters nach §. 899 Abs. 2 eingetragen werden.<sup>3</sup> Solange der Widerspruch eingetragen ist, gilt im Falle der Veräußerung oder Belastung des Schiffes dem Erwerber gegenüber das Gleiche, wie wenn das Pfandrecht eingetragen wäre.

I 1203, II a 1170, II b 1248, III 1246. R. III, 849. Prot. III, 504. D. 161.

1. FGH. §§ 102, 105 Satz 2.

[ 2. Nur bei Lösung Widerspruch möglich.

3. Bei Verletzung gesetzlicher Vorschriften Eintragung ohne Antrag bzw. Lösung FGH. § 119.

### 6. Forderung §. 1264.

Die Haftung des Schiffes beschränkt sich auf den eingetragenen Betrag der Forderung und die Zinsen nach dem eingetragenen Zinssatz.<sup>1</sup> Die Haftung für gesetzliche Zinsen und für Kosten bestimmt sich nach der für die Hypothek geltenden Vorschrift des §. 1118.

Ist die Forderung unverzinslich oder ist der Zinssatz niedriger als fünf vom Hundert, so kann das Pfandrecht ohne Zustimmung der im Range gleich- oder nachstehenden Berechtigten dahin erweitert werden, daß das Schiff für Zinsen bis zu fünf vom Hundert haftet.<sup>2</sup>

II a 1171, II b 1249, III 1247. Prot. III, 508. D. 161.

1. Entsprechend dem Grundpfand, § 1113<sup>1</sup>. Abweichend von § 1210 keine Haftung für Vertragsstrafen. 2. § 1119.

### 7. Zubehör §. 1265.

Das Pfandrecht erstreckt sich auf das Zubehör des Schiffes<sup>1</sup> mit Ausnahme der Zubehörsstücke, die nicht in das Eigentum des Eigentümers des Schiffes gelangt sind.<sup>2</sup>

Auf die Haftung der Zubehörsstücke finden die für die Hypothek geltenden Vorschriften der §§. 1121, 1122 entsprechende Anwendung.

II a 1172, II b 1250, III 1248. Prot. III, 494, 503. D. 161.

1. §§ 97, 98, FGH. § 478. Für die Schiffsgläubiger FGH. § 756, BSchG. § 104. — ZPD. § 865. 2. § 1120.

### 8. Folgen des Besizmangels §. 1266.

Die Vorschriften der §§. 1205 bis 1257 finden insoweit keine Anwendung, als sich daraus, daß der Pfandgläubiger nicht den Besitz des Schiffes erlangt, Abweichungen ergeben. In dem Falle des §. 1254 tritt an die Stelle des Anspruchs auf Rückgabe des Pfandes das Recht, die Aufhebung des Pfandrechts zu verlangen.<sup>1</sup>

I 1197, II a 1178, II b 1251, III 1249. R. III, 847. Prot. III, 502. D. 161.

1. Anwendung finden also ohne weiteres nur §§ 1204, 1258. Außerdem bleiben aber mit der aus § 1266 sich ergebenden Maßgabe anwendbar §§ 1209, 1211, 1222, 1224, 1225, 1227, 1229, 1249, 1250, 1252, 1255, 1256, 1257 (E. FGH. 4<sup>923</sup>), nicht § 1207 (E. R. 74<sup>408</sup>).

**9. Aushändigung v. Urkunden §. 1267.**

Der Verpfänder<sup>1</sup> kann gegen Befriedigung<sup>2</sup> des Pfandgläubigers die Aushändigung der zur Löschung des Pfandrechts erforderlichen Urkunden<sup>3</sup> verlangen. Das gleiche Recht steht dem persönlichen Schuldner zu, wenn er ein rechtliches Interesse an der Berichtigung des Schiffsregisters hat.<sup>4</sup>

IIa 1174, IIb 1252, III 1250. Prot. III, 739. Z. 161. — § 1144.

1. oder der Eigentümer. 2. § 1224.
3. Löschungsbewilligung, Quittung. — FGG. § 107.
4. § 1167.

**10. Pfandvollstreckung §. 1268.**

Der Pfandgläubiger kann seine Befriedigung aus dem Schiffe und dem Zubehör nur auf Grund eines vollstreckbaren Titels<sup>1</sup> nach den für die Zwangsvollstreckung geltenden Vorschriften suchen.<sup>2-3</sup>

I 1204, IIa 1175, IIb 1253, III 1251. R. III, 849. Prot. III, 504. Z. 161.

1. § 1147 A. 4. Der Titel muß gegen den Eigenbesitzer (§ 872) oder gegen den Schiffer (FGG. §§ 511, 761<sup>2</sup>) erlangt sein (BWB. §§ 164, 166). — Für segelfertige Schiffe FGG. § 482.

2. Entsprechend dem § 1147, abweichend von § 1233. — ZPD. §§ 864<sup>1</sup>, 865, 870<sup>2</sup> u. ZWG. §§ 162 bis 171. Zulässig nur Zwangsversteigerung. Die Vorschrift, welche überhaupt auch für gesetzliche Pfandrechte gilt (§ 1259 A. 3), wiederholt für die Schiffsgläubiger FGG. § 761<sup>1</sup>. 3. Pfandrecht erlischt nicht nur durch Zwangsvollstreckung, sondern auch durch notwendigen Verkauf seitens des Schiffers FGG. §§ 764, 773.

**11. Ausschluß unbek. Gläubiger §. 1269.**

Ist der Gläubiger unbekannt, so kann er im Wege des Aufgebotsverfahrens<sup>1</sup> mit seinem Pfandrecht ausgeschlossen werden, wenn die im §. 1170 oder die im §. 1171 für die Ausschließung eines Hypothekengläubigers bestimmten Voraussetzungen vorliegen.<sup>2</sup> Mit der Erlassung des Ausschlußurtheils erlischt das Pfandrecht. Die Vorschrift des §. 1171 Abs. 3 findet Anwendung.<sup>3</sup>

IIa 1176, IIb 1254, III 1252. Prot. III, 507, 739. Z. 161.

1. ZPD. §§ 988, 1024. § 887 A. 1. W. a. 149<sup>3</sup>, a. 162; H. WD. § 21; M.St. WD. z. Ausf. d. ZPD. § 27; Br. AG. ZPD. § 6; R. a. L. AG. ZPD. § 13.

2. Pr. Hinterleg. D. §§ 19, 58 u. AG. a. 84.

3. Anwendung auf die Schiffsgläubiger in FGG. § 765 u. BSchG. § 110. — FGG. § 773, BSchG. § 113. — §§ 1173<sup>2</sup>, 382; Sch.R. S. D. § 38; E.L. S. D. § 13<sup>2</sup>.

### 12. Für Inhaber- und Orderforderungen §. 1270.

Auf das Pfandrecht für die Forderung aus einer Schuldverschreibung auf den Inhaber<sup>1</sup>, aus einem Wechsel oder aus einem anderen Papiere, das durch Indossament übertragen werden kann<sup>2</sup>, finden die Vorschriften des §. 1189, auf das Pfandrecht für die Forderung aus einer Schuldverschreibung auf den Inhaber finden auch die Vorschriften des §. 1188 entsprechende Anwendung.<sup>3</sup>

IIa 1178, IIb 1255, III 1258. Prot. IV, 811. D. 161.

1. §§ 793 ff. 2. Orderpapiere. — A.\* vor § 793.

3. FGG. §§ 112, 117. GBD. §§ 44, 51.

### 13. Höchstbetragspfand §. 1271.

Das Pfandrecht kann in der Weise bestellt werden, daß nur der Höchstbetrag, bis zu dem das Schiff haften soll, bestimmt, im Uebrigen die Feststellung der Forderung vorbehalten wird. Der Höchstbetrag muß in das Schiffsregister eingetragen werden.

Ist die Forderung verzinslich, so werden die Zinsen in den Höchstbetrag eingerechnet.<sup>1</sup>

IIa 1177, IIb 1256, III 1254. Prot. III, 738. D. 161.

1. § 1190. Hier geht aber mit der Übertragung der Forderung in der Regel das Pfand über nach § 1250.

### 14. Pfand an einer Schiffspart §. 1272.

Die Vorschriften der §§. 1260 bis 1271 gelten auch für das Pfandrecht an einer Schiffspart.<sup>1</sup>

I 1205, IIa 1179, IIb 1257, III 1255. R. III, 850. Prot. III, 495, 504. D. 161.

1. Die Part ist nach der Quote (nicht dem Werte) zu bezeichnen, E. FGG. 11<sup>97</sup>. Für Verpfändung anderer ideeller Anteile gilt § 1271 nicht. — § 1258 A. 1.

2. FGG. §§ 474 ff., 491 ff. — Die Vollstreckung erfolgt hier nach ZPD. § 858, für das Pfändungspfandrecht ZPD. §§ 803, 930, 858. — Pfandrechte am ganzen Schiff gehen auch dem älteren Pfandrecht an der Schiffspart vor, weil diese nur in dem Anteil an dem Reedereivermögen besteht.

## Zweiter Titel.

### Pfandrecht an Rechten.\*

\* D. h. an anderen Gegenständen als körperlichen Sachen (§ 90 A. 3). Verlagsunternehmen im ganzen kann nicht Gegenstand des Pfandrechts sein, E. R. 68<sup>94</sup>. Es handelt sich wie bei dem Nießbrauch